

II-8727 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 42931J

1989 -10- 0 2

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Dillersberger, Dr. Frischenschlager
an den Bundesminister für Gesundheit und öffentlichen Dienst
betreffend Entscheidungsverzögerungen im rechtsstaatlichen
Gefüge

Die Gerichtshöfe des öffentlichen Rechtes werden aufgrund der
von ihnen ausgeübten nachprüfenden Kontrolle verwaltungsbe-
hördlicher Entscheidungen zweifelsfrei als Stützen unseres
Rechtsstaates angesehen. Um jedoch dem rechtsstaatlichen
Auftrag entsprechen zu können, sollte die Rechtsfindung
dieser Höchstgerichte innerhalb eines angemessenen Zeitraumes
erfolgen.

Nach einer, den unterfertigten Abgeordneten vorliegenden,
Information ist die am 10.4.1985 beim Verwaltungsgerichtshof
in einer Sozialversicherungsangelegenheit eingebrachte
Beschwerde des Rentners Johann H. (VH 85/08/0001-4) hingegen
bis dato unerledigt geblieben. Da derartige Entscheidungsver-
zögerungen soziale Härten auslösen und auch im rechtsstaat-
lichen Sinne bedenklich erscheinen, richteten die unterfer-
tigten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Födera-
lismus und Verwaltungsreform bereits eine diesbezügliche
Anfrage, die dieser jedoch dahingehend beantwortete, daß
hiefür der Bundesminister für Gesundheit und öffentlichen
Dienst zuständig sei. Die unterzeichneten Abgeordneten
richten also nunmehr an den Bundesminister für Gesundheit und
öffentlichen Dienst nachstehende

A n f r a g e :

- 1) Wie lange dauern durchschnittlich Verfahren an Gerichts-
höfen des öffentlichen Rechtes?
- 2) Liegen die Gründe säumiger Erledigungen von Beschwerden in

der personellen beziehungsweise finanziellen Unterdotierung der angesprochenen Gerichte?

- 3) Welche Maßnahmen sind seitens Ihres Ressorts geplant, den Rechtsfindungsprozeß des Verwaltungsgerichtshofes und des Verfassungsgerichtshofes zu beschleunigen?